

Bundesrat
Bundesplatz 3
3005 Bern

Bern, 22. April 2020

Offener Brief an den Bundesrat - Wohnen

Sehr geehrter Bundesrat

*"Es wäre unseres Landes unwürdig in dieser Zeit der Krise, in der alle zur Solidarität aufrufen, die Vermieter*innen weiterhin die Mieten einziehen zu lassen, als ob nichts geschehen wäre, während Mieter*innen ihr Einkommen verlieren, sich verschulden oder sogar in Konkurs gehen". [1]*

- Carlo Sommaruga, Präsident Mieterinnen- und Mieterverband Schweiz

Die Schließung nicht lebenswichtiger Einrichtungen am 17. März war notwendig, um den Ausbruch von COVID-19 einzudämmen. Diese Entscheidung hatte jedoch zur Folge, dass in der Schweiz eine*r von vier Erwerbstätigen in Kurzarbeit ging [2]. Trotz der vom Bund gewährten Hilfe gehen viele Menschen vergessen: Selbständige, Personen mit Gelegenheitsjobs oder Menschen mit ungesicherten Arbeitsverhältnissen, deren Einkommen über Nacht verschwunden ist. Auch für Mieter*innen, die eine einfache Verlängerung der Zahlungsfristen von 30 auf 90 Tage erhalten haben [3], sind die Massnahmen in vielen Fällen ungenügend. In der Schweiz verfügen anderthalb Millionen Menschen über ein Vermögen von weniger als 3'000 Franken, und die meisten von ihnen müssen für ihre Unterkunft Miete bezahlen. Es ist daher illusorisch zu glauben, dass alle in diesem wirtschaftlichen Abschwung, der wahrscheinlich mehrere Monate dauern wird, wie gewöhnlich die volle Miete bezahlen können. Längere Zahlungsfristen schieben das Problem nur hinaus. Die Jungen Grünen sind besorgt, dass die Gewährleistung von Grundbedürfnissen (einschliesslich der Möglichkeit, sich eine Unterkunft leisten zu können) für einige Haushalte gefährdet sein könnte.

Viele kleine Unternehmen sind ebenfalls vom Bankrott bedroht. Laut einer Rechtsmitteilung vom Mieterinnen- und Mieterverband sollten Mieten von Unternehmen, die ihre Tätigkeit aufgrund von COVID-19 einstellen mussten, nicht fällig werden [4]. Das BFI hat jedoch erklärt, dass es die Aussetzung der Mietzahlungen unter Umständen im Zusammenhang mit dem Coronavirus nicht zulässt. Auch für Vermieter*innen kann die Situation bei Nichtzahlung der Miete problematisch werden, da sie oft Kredite zurückzahlen und Zinsen an Banken zahlen müssen. Wir stellen hier die Komplexität des Systems fest, aber auch seine mangelnde Belastbarkeit in Krisenzeiten. Tatsächlich ist die einzige Lösung, die derzeit empfohlen wird, die Kosten dieser Krise von denjenigen zu tragen, die von der Situation am stärksten betroffen sind (Mieter*innen, deren Einkommen von COVID-19 betroffen ist).

Die Jungen Grünen rufen zu mehr Solidarität in dieser Zeit auf und verurteilen unser aktuelles Wirtschaftssystem. Es ist ungerecht, Gewinne zu privatisieren, wenn sich die Wirtschaft dreht, während man in Krisenzeiten Verluste kollektiviert. Banken und Grundstückseigentümer*innen sollten nicht in der Lage sein, auf dem Rücken von Mieter*innen Gewinne zu erzielen. Ein vollständiges Einfrieren der Hypothekenrückzahlungen und Zinsen während der Monate des coronavirusbedingten

Wirtschaftsabschwungs könnte den Vermieter*innen größere finanzielle Flexibilität ermöglichen und den Mieter*innen Vorteile bringen. Dies würde sicherstellen, dass die Schäden der Krise gleichmäßiger verteilt werden.

Während die Situation für viele Haushalte, die nicht wissen, wie sie ihre Miete bezahlen können, gefährlich ist, ist sie für alle Obdachlosen dramatisch. Ihre in der Regel schwierige Situation ist umso kritischer, als die Zentren, die sich ihrer Aufnahme/Hilfe widmen, geschlossen sind oder nur sehr wenige Plätze mit sozialen Distanzierungsmaßnahmen zur Verfügung haben.

Forderungen der Junge Grünen Schweiz

- Aussetzen von Mieten für Personen, deren Einkommen durch die Schliessung von Betrieben oder anderen wirtschaftlichen Auswirkungen betroffen ist.
- Aussetzen von Mieten für kleine Unternehmen, die ihre Tätigkeit einstellen mussten
- Die Bereitstellung von kostenlosen Zimmern (in leerstehenden Unterkünften oder derzeit geschlossenen Hotels) für Obdachlose sowie für Sans-Papiers, um ihren Zugang zu Grundbedürfnissen und Gesundheitssicherheit zu gewährleisten.

Für die Jungen Grünen Schweiz ist es an der Zeit, sich solidarisch zu zeigen, insbesondere gegenüber den am stärksten benachteiligten Gesellschaftsschichten. Es ist die Pflicht der Schweiz, alles zu tun, um den Obdachlosen, die einem hohen Coronavirus-Risiko ausgesetzt sind, so schnell wie möglich eine Unterkunft zu bieten. Wir müssen uns auch davor hüten, alle wirtschaftlichen Verluste auf die Schultern der Ärmsten zu laden. Deshalb müssen die Mieten für alle, die von der Krise betroffen sind, während der gesamten Zeit, in der das Coronavirus die Wirtschaft beeinträchtigt, angepasst werden.

Im Namen der Jungen Grünen Schweiz



Julia Küng
Co-Präsidentin
Junge Grüne Schweiz
+41 77 475 82 66



Oleg Gafner
Co-Präsident
Junge Grüne Schweiz
+41 79 956 77 35

[1] <https://www.asloca.ch/blog/message-covid-19-justice-et-equite-svp/>

[2] <https://www.24heures.ch/suisse/actif-quatre-chomage-partiel-suisse/story/20153604>

[3] <https://www.asloca.ch/blog/suisse-locataires-les-grands-oublies/>

[4] https://www.asloca.ch/wp-content/uploads/2020/03/Avis-de-droit-loyers_locaux_commerciaux_ASLOCA-1.pdf